

THÜR. LANDTAG POST
14.12.2021 09:56

30520/2021



AfD-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt

An die Vorsitzende des Ausschusses für
Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung
Frau Dr. Klisch
Jürgen-Fuchs-Str. 1

info@afd-thl.de

Telefon: +49 361 3772469
Telefax: +49 361 3772453

99096 Erfurt

Erfurt, den 14. Dezember 2021

Den Mitgliedern des AfSAGG

Thüringer Landtag
Kenntnisnahme

7 / 5 8 4 -

ZU VL 7/3081

Den Mitgliedern des

AfSAGG

Stellungnahme der AfD-Fraktion

zur Vorbereitung der weiteren Verschärfung der Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-
Maßnahmenverordnung – ThürSARS-CoV-2-IfS-MaßnVO - (VL 7/3081) mit Inkrafttreten
zum 21.12.2021

Mit dem Hinweis auf dramatisch hohe Infektionszahlen und die angespannte Lage in den Krankenhäusern begründet die Thüringer Landesregierung die Notwendigkeit, die geplanten Änderungen im IfSG zum 21. Dezember 2021 schon vorab auf dem Wege einer Musterallgemeinverfügung mit dem Ziel der sofortigen Umsetzung von Kontaktbeschränkungen anzuweisen. Während für viele Lebensbereiche wie öffentliche oder kulturelle Veranstaltungen, Gastronomie, Einzelhandel, Beherbergungsbetriebe die 2G-Regel (geimpft oder genesen) oder z.B. im Freizeitsport in geschlossenen Räumen die 2G plus-Regel (geimpft oder genesen plus zusätzlich ein negatives Testergebnis) gilt, bleiben Volksfeste, Messen, Kongresse verboten, Schwimm- und Freizeitbäder, Saunen, Clubs, Bars, Discotheken geschlossen.

Für Ungeimpfte gilt nicht nur der Ausschluss von allen Lebensbereichen, deren Zugang nach 2G oder 2G plus reglementiert ist, sondern für sie gelten weitere besondere Restriktionen, z.B. eine Ausgangssperre von 22 bis 5 Uhr. Auch sind die privaten Kontakte von Ungeimpften beschränkt auf bis zu zwei weitere haushaltsfremden Personen, während sich Geimpfte oder Genesene ohne Einschränkungen treffen können.

Die AfD-Fraktion lehnt diese Ungleichbehandlung, die Vorverurteilung eines Ungeimpften als potentiellen Gefährder und seine gesellschaftliche Ausgrenzung ab. Private Kontakte dürfen nicht von der Offenlegung des Impfstatus abhängen. Auch der Ausschluss von symptomlosen, gesunden Ungeimpften von Orten, deren Zugang nach der 2G-Regel beschränkt ist, ist unverhältnismäßig, insbesondere mit der inzwischen gewonnenen Erkenntnis, dass auch geimpfte Personen das Corona-Virus weitergeben können: „In welchem Maß die Impfung die Übertragung des Virus reduziert, kann derzeit nicht genau quantifiziert werden“ konstatiert das RKI und Bayer-Vorstand Stefan Oelrich stellt fest, dass es sich bei der neuen Corona-Impfung nicht um eine übliche Schutzimpfung handelt, sondern um eine neuartige Gentherapie, der sich vor zwei Jahren kaum einer freiwillig unterzogen hätte (<https://dailyexpose.uk/2021/11/06/bayer->

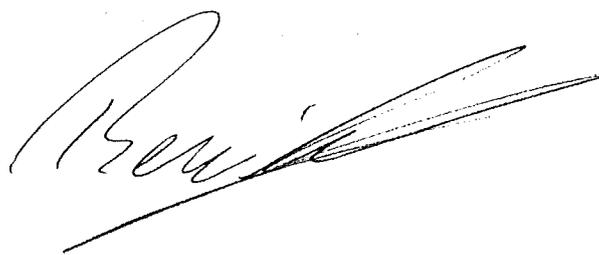


pharmaceuticals-president-admits-mrna-vaccines-are-cell-and-gene-therapy-and-the-public-would-not-have-agreed-to-take-them-if-it-were-not-for-the-pandemic/).

Die technischen Kürzel 2G, 2G plus, 3G definieren Regeln für alle Lebensbereiche, die kaum noch überblickt, umgesetzt oder kontrolliert werden können und deren Sinnhaftigkeit nach Ansicht von Regierungspolitikern sowie einem Großteil medialer Äußerungen nicht hinterfragt werden darf. Diese staatlich verordnete Unübersichtlichkeit scheint beabsichtigt, um die Unzufriedenheit der Menschen auf die sogenannten Impfverweigerer zu lenken und vom Versagen der Politik abzulenken. Immer noch sind Inzidenzen auf Basis von unzuverlässigen Tests der Maßstab des politischen Handelns. Es konnten in den letzten zwei Jahren der Pandemie auch keine Aktivitäten der Landesregierung festgestellt werden, die schon seit Jahren bekannten Probleme in den Krankenhäusern, vor allem die Personalnot, zu lösen. Statt hier tätig zu werden, wird die ganze Gesellschaft repressiven Maßnahmen unterworfen, deren Ende nicht abzusehen ist. Dass die Landesregierung nicht einmal vor Kindern Halt macht, sondern Kinder ab sechs Jahren bei einer 7-Tages-Inzidenz ab 1.000 einer FFP2-Maskenpflicht unterwerfen will, zeigt die ganze Brutalität einer verantwortungslosen und unmenschlichen Politik, die klar gegen das Menschenwürdegebot des Grundgesetzes verstößt.

Die AfD-Fraktion fordert ein sofortiges Ende der 2G, 2G plus, 3G-Regeln, aller unverhältnismäßigen Einschränkungen sowie der Ungleichbehandlung von geimpften und ungeimpften Personen und die sofortige Beendigung der massenhaften Testung von asymptomatischen Personen.

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'René Aust', written in a cursive style.

René Aust